

ganze Reichstag dem Reich Militarisismus zu Füßen liegt. 1887 verabschiedete Reichstag mit unermesslicher Ironie das Septennat 1893 gab der Reichsgerichtsrat und Rubensminister Spahn der parlamentarischen Waffenstreckung die dokumentarische Fassung. 1887 domierte Eugen Richter, damals noch in der Blüte seiner Kraft, gegen die Preisgebung des parlamentarischen Budgetrechts. 1903 konzentrierte Dr. Müller, Sagan, der von Eugen gelernt, wie er sich räuspert und wie er spuckt, seine Sorgen auf die Fühnen der Langenreiter und auf die Wapfen, die durch sie in die Langenwunden gelangen könnten. So sind die Wapfen der Langenreiter neben der Elfenbeinfrage des Zukunftsstaates und der Erklärungsgesetz der Strampel-Kami zu einer der Hauptfragen geworden, über die sich die Freisinntribunen die satanischen Röpfe zerbrechen. Während der Freisinn-Müller aus Sagan so steifinnig über Langenreiter protestierte, hielt sein Parteigenosse Miquel, respektvoll vor dem sitzenden Fürsten Dohna stehend, diesem Vortrag, vernehmlich über den sozialdemokratischen Terrorismus in Krankenkassen. Es bedarf keiner realen Länge, um diese freisinnigen Winkelfriede zu fällen; mit ein paar leichten Florettstichen spielte der Kriegsmilitär dem Hause und den Trübsinn zum Gaudium sie auf. Die zweite Vorlesung, welche die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festlegt, aber für Kavallerie und reisende Feldartillerie die dreijährige Dienstzeit beibehält, wurde gleichfalls angenommen. Die Mehrheit warf unsere von den Genossen Dr. Sabelum und Singer trefflich begründeten Verbesserungsanträge auf Befestigung der Ausnahmen von der zweijährigen Dienstzeit, sowie namentlich des einjährigfreiwilligen Privilegs unter den Tisch. Der Antikemist Liebermann von Sonnenberg schloß sich unserem Antrage, soweit er die Befestigung des einjährigfreiwilligen Dienstes verlangt, vorbehaltlos an, während des großen Mommseu weniger großer Sohn sich für das einjährigprivileg so sehr begeisterte wie vorher der benachbarte Dr. Müller-Sagan für das ererbende preussische Nationallied von der „Hohen Ronne-gans“. Bei den innigen Beziehungen, die den Herrn Landdirektor mit der Biergartenstraße verbinden, ist wohl anzunehmen, daß er an das berühmte Gardebataillonsgesamt gedacht hat, das der Volkswitz „König Saul“ nennt, weil es von den Sprößlingen der Konfessions-Aristokratie ganz besonders bevorzugt wird. — Am Dienstag kommt der eigentliche Militäretat an die Reihe.

Der Verdon-Minister gestorben! Am Montag Nachmittag 3 1/2 Uhr hat Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten, der preussische Polizeiminister, nach kurzer Krankheit seine Augen geschlossen. Es ist nicht üblich, am Sarge dem Taten Uebles nachzureden, man pflegt vielmehr all sein Gutes aus dem Gedächtnis hervorzufahren und es der Welt verkünden. Das ist in diesem Falle nicht gut möglich. Denn was von Hammerstein und seiner amtlichen Tätigkeit bekannt geworden ist, das war alles andere als „gut“. Vier Jahre ist der Mann Minister gewesen, was er aber geleistet hat, das war meistens nichts anderes als Mißgriffe, Untätigkeit und Tummeldreißigkeit. Durch seine Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Städte hat er seinem Namen ein ebenso trauriges Blatt im Buch der Geschichte verschafft, als durch die skandalöse Art, wie dieser Minister für Polizeiwesen die empörendsten Uebergriffe der Polizei verteidigte. In aller Erinnerung ist noch die Scene, da er im Landtage über die Verhaftung einer anständigen Frau in Kiel interpelliert, salbträchtig die Frau des schlechten Lebenswandels beschuldigte und sich später von dem Anwalt der betreffenden Frau aus den Akten nachweisen lassen mußte, daß er leichtfertig die Unwahrheit gesagt hatte. Unvergessen bleibt, wie er über den Genossen Dresdenbeck in Dortmund das Wort gelassen ausdrückte, er sei bloß Sprechreue und es sei nicht so schlimm, wenn der Mann gefesselt durch die Stadt geschleift wurde. Unvergessen wird Hans Frh. von Hammerstein aber auch sein Vorgehen im Dienste des Ruinentums, das Dulden und Beschützen des russischen Spitzels in der Reichshauptstadt u. s. w. bleiben. Und endlich wird mit Klammern in die Akten der Geschichte eingetragen werden die empörende Weise, wie der Verstorbenen auf den Vorwurf antwortete, daß die preussische Polizei ohne rechtliche Unterlagen ein wehrloses Mädchen, die russische Studentin Janina Person, hatte verhaften und längere Zeit in Haft behalten lassen. Darauf wußte der Minister nichts anderes zu sagen, als unter dem wiederholten Gelächter seiner stehenden Anwesenden mitzutheilen, daß die Dame im Bett ihres Pränzipals verhaftet sei! Diese Bemerkung kennzeichnet den ganzen Mann, und an seiner Gruft kann man nur sagen: Er war war eine Null, aber eine sehr häßliche, unritterliche, anmaßende Null!

Berühmte Menschen sind — zum Teil wenigstens die Sozialdemokraten. Als sagte kürzlich ein gemäßigter Konservativer, Reichstags- und preussischer Landtags-Abgeordneter Herr v. Böhlenborff-Kölpin, als er am Sonntag in Eisenmünde seinen Wählern einen Wahrscheinlichkeitsbericht erstattete. Dabei erklärte er nach der „Eisenmünder Zig.“: „Wenn ich auf das letzte Wahlresultat noch mit einem Worte eingehen darf, so möchte ich da zunächst betonen, daß es ein Eisen ist, wenn wir Menschen nicht alle eine politische Meinung haben, das es wäre sonst ein ewiges „Ja-Nein“, ein ewiges launisches Abblenden. Ich kann nur wünschen, daß die Einwohner des Wahlbezirks aller Parteien mit ihren Wünschen an mich herantraten, nicht nur die, welche konservativ wählen, sondern auch die, welche es für ihre Pflicht halten, in unserer Partei nicht zu wählen, und auch diejenigen, welche sozialdemokratisch gewählt haben. Unter den Sozialdemokraten gibt es viele vorzügliche Leute, und wenn sie sozialdemokratisch wählen, so hätten sie eben ihre Gründe dafür.“

Sehr richtig! Und diese Gründe sind bereit, daß ein Sozialdemokrat auch Herr v. Böhlenborff oder einem seiner jüngerlichen Standesgenossen niemals das Herz ausschütten wird. Im übrigen hat man vor der Wahl im Böhlenborff'schen Wahlkreis anderes über die Sozialdemokratie gehört, als der Gemahlte jetzt vorbringt. Na, die

Genossen werden sich die Meinung wahrscheinlich für den nächsten Wahlkampf merken.

Alexiale Tolerauz. Im Landesauschusse für Elbschiffungen kam dieser Tage ein neuer Fall Alexiale Terrorismus zur Sprache, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen dürfte. Ueber die Sitzung des Landesauschusses wird berichtet:

Der Vater bringt den Fall zur Sprache, daß der Friedhof der Katholiken, in Vorhingen gelegenen Gemeindegelände von Meier Bischof interdiktiert wurde, weil ein protestantisches Kind daselbst beerdigt worden ist. Unterstaatssekretär Dr. Petri bemerkt: Auf dem betreffenden Friedhof befindet sich eine Gruft der katholischen Familie Paté. Die protestantische Familie des katholischen Landesauschusses-Abgeordneten verfuhr im Jahre 1897 bald nach der Geburt, nachdem der Vater die Waise an dem Kinde vorgenommen hatte. Das Kind wurde in dem Familiengrabnis in der Gruft der Familie Paté beigesetzt. Die geistliche Behörde verlangte zunächst die Ausgrabung des Kindes und dessen Umstellung auf den protestantischen Teil des Friedhofes. Die Familie Paté wies dieses Ansuchen zurück. Kurz darauf wurde der Friedhof vom Bischof von Metz interdiktiert. Die geistliche Behörde erklärte sich bereit, das Interdikt aufzuheben, falls zwei Bauern aus der Familiengruft Paté angebracht werden sollte, und diese mit einer Kirchhofstür, welche angebracht werden sollte, in Verbindung zu bringen. Dies wurde von der Familie Paté zurückgewiesen. Die Schritte der Gemeinde, eine Jurisdiktion des Interdikts zu erlangen, blieben erfolglos. Die Regierung, welche von dem Vorgang Kenntnis erhielt, glaubte in weitere Verhandlungen mit dem Bischof von Metz über die Anlegung nicht einzutreten zu sollen (1). So lange der Fall kam es nicht erledigt sei. Die Gemeinde hätte einen Vertragbuch begangen, wenn sie nicht geklagt hätte, das Kind in der Gruft der Familie Paté zu beerdigen.

Wer da weiß, was das Interdikt für katholische Gläubige bedeutet, wird die Wirkung dieser terroristischen Maßregel zu würdigen wissen. Er wird aber auch verstehen, warum die gegen rüthliche Schnorrer und Verschwörer so harter Regierung gegenüber dem trotzigen Bischof nicht zu muessen wagt! Es könnte ja auch die Regierung der Bannstich treffen und die schöne Militärvorlage ins Wasser fallen!

Ein Mauthurtheil. Frau Minna Bauer und Antoinette Dr. Antia August, zwei bürgerliche Frauenrechtlerinnen, hatten eine Eingabe an den Reichstag gemacht, in der sie baten, das Tragen von Mauthurtheil unter Strafe zu stellen, da der Mauthurtheil ein der Landwirtschaft nachtheiliges Tier sei. Der Landwirthschaft drohe durch die gedankenlose Mauthorberei deutscher Frauen ein unabsehbarer Schaden. Die Petitionskommission konnte sich nicht einigen darüber, ob der Mauthurtheil der Landwirtschaft mehr schade oder nütze und verwarf die Petition. — Arbeiterinnen haben höchstwahrscheinlich an dieser „Mauthorberei“ sehr geringen Anteil.

Wilhelm II als Regisseur. Der deutsche Kaiser, der so viele Künste mit Eifer betreibt, scheint auch an der Regiekunst Gefallen zu finden. Die Berliner Blätter zu berichten wissen, hat er unlängst mit den Schauspielern des Berliner königlichen Schauspielhauses eine Probe des „Pringen von Hamburg“ vorgenommen und ihnen in Bezug auf Pantomime und deutliche Sprechweise manche Anregungen gegeben.

Das Berliner königliche Schauspielhaus steht bisher nicht in dem Anse, eine Bühne allerersten Ranges zu sein. Trotzdem hätte man denken können, daß die dort beschafftesten Künstler schon einigermaßen wüßten, wie sie die Worte ihrer Rollen — zumal in einem so berühmten Drama — richtig zu betonen hätten.

Ausland.

Der Kampf um die Schule in Frankreich. Die „Petite Republique“ veröffentlicht einen Notiz aus der Bretagne, in welchem die Verhältnisse geschildert werden, wie sie nach dem Kongress der Schulreformer plattgegriffen haben. Dieses Gesetz hat zwar den geistlichen Schulbehörden das Recht des Unterrichts genommen; in Wirklichkeit haben die Kämpfer nur ihr Kleid gewechselt. Es wird in dem Schreiben weiter auseinandergesetzt, wie die Geistlichen von der Kugel und im Reichthum die Felle gegen die weltlichen Lehrer verfolgen und wie sie ihre kirchliche Gewalt dazu mißbrauchen, am Schüler und Eltern von den vom Staat eingerichteten Schulen zurückzuhalten. Den Schülern, welche sie verlassen, um in die Volksschulen einzutreten, wird schon 3 und 6 Monate vor ihrer Schulaufnahme angeordnet, daß man ihnen die Kommunion und die Absolution nicht ertheilen werde. Wer da weiß, was dies für eine so rückständige Pöbelregierung, wie die in der Bretagne bedeutet, der kann ersehen, welche ungeheure Macht damit die Kirche über ihre Gläubigen auszuüben vermag. Das einzige Mittel hiergegen ist die Ausübung des Unterrichtsmonopols durch den Staat, eine Forderung, die man in Frankreich zu erheben beginnt. — Solche Zustände möchten die Fünftelner auch in Preußen schrecken.

Ein Kongress der sozialistischen Jugend in Italien wird vom 22. bis 24. April in Rom abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen vor allem Organisations- und Agitationsfragen. Die Vereinigung der italienischen sozialistischen Jugend strebt eine selbständige Organisation auf lokaler, provinzieller und nationaler Grundlage an und sucht auch internationale Beziehungen anzuknüpfen. Ferner soll noch verhandelt werden über anti-kerkale und antimilitaristische Agitation.

Der Kampf in Ostasien.

Die Japaner rücken vor unaufhaltsam und unbauend. Sie sind bereits bis weit hinter Zieling den stehenden Russen gefolgt. General Oyama berichtet, daß eine japanische Abtheilung Sonntag Nachmittag 4 Uhr Kaijuan, 20 Meilen nördlich von Zieling, besetzt habe. Der Feind versuchte später einen Gegenangriff, wurde aber zurückgeschlagen. Der Feind brannte die Brücken auf der Hauptstraße südlich von Kaijuan nieder und zerstörte einen Teil der Eisenbahnbrücken in der Nähe von Mufden. Eine große Anzahl vergrabener russischer Geschütze ist gefunden worden.

Alles ist gut! General Linewitsch meldete dem Herrn von Sonntag Abend 6 Uhr: Nach einem Berichte des Kommandierenden der zweiten Armee haben bei dieser keine Kämpfe stattgefunden. Berichte von der ersten und dritten Armee sind nicht eingegangen. Ich habe die aus Ostasien einrückenden Truppen inspiziert, ihre Haltung ist ausgezeichnet, die Gesundheitsverhältnisse sind gut!

Kuropattin soll nach einer Petersburger Meldung zum Kommandierenden der zweiten Landwehr-Division ernannt sein.

Die Russen mobilisieren. Aus Ostasien wird gemeldet, daß in Kossau und heute in Warkau die Mobilisierung anwesend ist. Gleichzeitige wurde auch die Rufe der Landwehrpflichtigen publiziert, damit sie bis zum 1. März halten, der Einberufungsbescheid sofort Folge leisten zu können, um zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Landes anstelle der nach Ostasien

abziehenden Truppen verwendet zu werden. Im Arbeiterkreise wird erklärt, daß, falls die Mobilisierung wirklich vorgenommen werden sollte, in allen Fabriken abermals die Arbeit zu Ende eingestellt werden. Auch müßten sich die Arbeiterbewegungen der Mobilisierung mit Gewalt widersetzen.

Ein japanischer Torpedobootzerstörer ist nach einer Meldung während eines Sturmes an der Küste von Indochina untergegangen.

Die Revolution in Rußland.

Ein neues Attentat auf einen Diener des Parentums wird aus Helsingfors gemeldet. Danach gab auf den Gouverneur von Wiborg, Masojedow, ein unbekannter, etwa 25-jähriger Mann einen Schuß ab. Der Gouverneur wurde lebensgefährlich verwundet.

Die Bauernunruhen dauern an. Die Lemberger „Gazeta Narodowa“ berichtet: Im Kiewer Gouvernement sind Agitatoren eifrig thätig, um Bauernunruhen vorzubereiten, falls die angeforderte Mobilisierung tatsächlich vorgenommen werden sollte. Die Bauern erklären, sie würden sich mit allen Mitteln gegen die gewaltsame Einverleibung wehren und eventuell lieber in der Heimat sterben als in der Wandschur. Beim Generalgouverneur Klejfel fand eine Konferenz aller Grundbesitzer des Gouvernements statt, um über die Forderungen wirtschaftlicher Natur, welche die Bauern an die Grundbesitzer stellen, zu beraten. General Klejfel versprach, alle Vorkehrungen gegen Unruhen zu treffen, forderte aber gleichzeitig die Anwesenden auf, in gewissen Punkten den Bauern nachzugeben.

Unter der Bauernschaft in der Ukraine werden waffenhaft gedruckte Anrufe verbreitet, in welchen die Grundbesitzer aufgefordert werden, die Hälfte ihrer Felder unter die Bauern zu verteilen. Wenn sie sich weigerten, dies zu tun, würden die Bauern Gewalt anwenden und große Unruhen entstehen.

Russische Meldungen berichten ferner über die Bauernrevolte in den Gouvernements Drel und Kurl: Banden von 700 bis 1000 Bauern ziehen umher, überfallen die Güter der Grundbesitzer und plündern allenthalben. Auch drohen sie, in die kleineren Städte einzudringen. Als Ursache dieser gefährlichen Bewegung wird die angeordnete Mobilisierung angegeben. Geführt wird die Bewegung auch durch die vom Kriegsschauplatz heimgekehrten Invaliden, die große Noth leiden und durch ihre Erzählungen von den Strapazen und Schrecken des Krieges das Volk aufreizen.

39 Anarchisten!

Der „Nowoje Wremja“ wird aus Waku unterm 18ten März gemeldet: Die jüngsten Unruhen sind zweifellos das Werk der armenischen Revolutionskomitees. In dem statistischen Bureau des Stabamts wurde die Bibliothek des örtlichen Komitees aufgefunden; daselbst sind auch 10 Personen verhaftet worden. Unter den hier Verhafteten befinden sich 39 Anarchisten! — Ausgerechnet 39! Wir glauben, daß die Unruhen das Werk des russischen Revolutionskomitees, nämlich der Beamtenkamorra sind. Und darunter sind genug „Anarchisten“, allerdings anderer Art als das Telegramm meint.

Demonstrationen im Norden.

In Durben bei Libau veranstaltete am Sonnabend eine Menge von 400 Personen unter Vorantragung roter Fahnen eine Demonstration; die Menge wollte die Landarbeiter zwingen, zu feiern. Zwei Kompanien Soldaten „zerstreuten“ die Demonstranten und verhafteten viele von ihnen.

Hänbergeschichte.

In Kasan wurde ein von auswärts zugereister Mann verhaftet, welcher dortigen Banken Wertpapiere zu verkaufen versuchte; diese hatten, wie festgestellt wurde, Leuten gehört, die bei den blutigen Zusammenstößen in Waku angekommen waren. Der Mann gab, als man ihn verhaftete, Schüsse ab und machte dann einen Selbstmordversuch. Es wurden bei ihm für über 200,000 Rubel Wertpapiere gefunden. Wenn das wahr ist, wird es sich wohl um einen Polyzisten oder Polyzistenhändler handeln!

Juden-Verfolgungen.

Aus Mjaskin wird gemeldet: Eine israelitische Familie wurde hier in brutaler Weise ermordet. Es liegen schwere Indizien gegen vier Soldaten der hier garnisontirten Batterie vor.

Von Porissow sind drei Eskadrons Dragoner nach dem Kleiden Beresino im Kreise Igumen und nach Kaidanowo im Kreise Minsk abgezogen. Wie es heißt, sind in Beresino von der jüdischen Bevölkerung Unruhen hervorgerufen worden, bei denen ein Polizeikommissar und ein Landpolizist erschlagen wurden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 21. März 1906.

Provinziallandtag. In der Montag-Sitzung kam zunächst als erste Vorlage zur Beratung: die Beteiligung der Provinz bei Aufbringung des zur erweiterten Anlage von Sammelbetten im Gebiete des Bober erforderlichen Mehrbetrages von 2 Millionen Mark. Die Kommission stellte durch ihren Berichterstatter folgenden Antrag:

„Der Provinziallandtag erklärt sich zur Beteiligung an den durch die erweiterte Anlage von Sammelbetten im Gebiete des Bober entstehenden, auf rund 2 Millionen Mark berechneten Kosten in Höhe von einem Fünftel bis zum Betrage von 400,000 Mark unter der Bedingung bereit, daß seitens der Staatsregierung die übrigen vier Fünftel zur Verfügung gestellt werden.“

In der Debatte wurde hierbei hervorgehoben, daß es schwer war, Wandel zu schaffen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden von allerhöchster Bedeutung für die Zukunft sein. Durch die Vorlage sollen nicht nur Schutz, sondern auch Aufwafferkraft geschaffen werden. Die Durchführung des Projekts bedingt selbstverständlich größere Mittel und technisch würden einige Unannehmlichkeiten damit verbunden sein. Der Antrag der Kommission gelangt dann zur Annahme.

Die zweite Vorlage betrifft die Ausnutzung der Wasserkräfte der Talporen bei Warlissa und Wauer. Die Kommission beantragt: Den Provinzialauschuss zu ermächtigen: die Verwertung der Wass-

wasserkraft der beiden Talsperren bei Marklissa und Mauer für Rechnung der Provinz in Aussicht zu nehmen; zu diesem Zwecke ein Amortisationsdarlehen bis zum Betrage von 8,000,000 Mark bei der Provinzialbank für die nächsten fünf Jahre aufzunehmen; mit dem Staat die erforderliche Vereinbarung wegen der Verteilung des aus dem Unternehmern erzielten Gewinns zu treffen; eventuell auch einen leistungsfähigen Unternehmer bei der Verwertung der Hochwasserkraft durch die Provinz heranzuführen und mit demselben die nötigen Ermächtigungen zu treffen; den Provinzialauschuss zu ersuchen, dem nächsten Provinziallandtag über das Geschehene besonders zu berichten.

Der Berichtsteller Herr v. Richthofen-Striegau hebt u. a. hervor, daß die Ausnutzung der Wasserkraft durch die Anlage elektrischer Kraftstationen in Marklissa und Mauer erreicht werden sollte. Die Bedenken, die man in der Kommission hatte, die Ausführung des Projekts dem Provinzialauschuss zu übertragen, seien zerstreut worden. Oberbürgermeister Dr. Vender äußert Bedenken über das Projekt. Innerhalb der nächsten zwei Jahre werde dasselbe doch nicht durchgeführt werden, ferner sei die Konkurrenz zu fürchten. Die Hoffnungen, welche man an die Durchführung der Vorlage knüpfte, würden sich nicht erfüllen. Wahrscheinlich würde das Unternehmen auch nicht 2, sondern 4-4 1/2 Millionen Mark kosten. Der Oberpräsident Graf Hedlich-Tröschler wünscht, daß die Provinz den maßgebenden Einfluß auf die Meliorationsarbeiten haben und behalten müsse. Unter der Provinzleitung würden die Arbeiten nützlich, schnell und exakt ausgeführt werden. Einiges, was Herr Vender gelagt habe, halte er für sehr wichtig und ernst. Der Oberbürgermeister habe angeführt, daß die Stadt keine Konkurrenz zu fürchten brauche, weil sie monopolrechtlich sei, die Provinz aber nicht. Das sei wohl in der Theorie, nicht aber in der Praxis richtig. — Abnehmer für die elektrische Kraft würden sich schon finden. Der Hirschberger Handelskammerpräsident habe sich diesbezüglich bereits an ihn gewandt. Auch sei er im Gegensatz zu Herrn Vender der Überzeugung, daß die Regierung sich bereitwilliger zeigen werde, um das Projekt durchzuführen. Der Vorsitzende des Provinzialauschusses Graf Stosch erklärt die Verantwortung für die Vorlage gern übernehmen zu wollen. Herr v. Richthofen-Striegau hat außer Bedenken gegen das Projekt gehabt, trotzdem bittet er jetzt den Kommissionsantrag anzunehmen. Redner legt Wert darauf, daß die Provinz den Bau in eigene Hände übernehme und betont, daß es sich bei dieser Vorlage in erster Linie um den Hochwasserschutz, in zweiter Linie um die finanzielle Seite handele. Vergart Götze meint, daß auch die Städte nicht immer ein Monopol besitzen, solche Projekte wie das vorliegende durchzuführen. Es empfiehlt sich, die elektrischen Kraftstationen mit Dampfkräften zu verbinden. Es sei Optimismus, wenn man glaube, daß das Unternehmen einen Überschuss von hunderttausend Mark erzielen werde. Er halte es überhaupt nicht für richtig, so „ins Blaue hinein“ zu bewilligen, ohne einen Kosten-Voranschlag zu haben. Nachdem Oberbürgermeister Vender seine früheren Ausführungen ergänzt und speziell die Konkurrenzverhältnisse erörtert, gab der Landeshauptmann Herr v. Richthofen zu, daß es schwer sei, in dieser Frage einen Beschluß zu fassen. Aber es sei nicht möglich gewesen, andere Unterlagen zu geben. Redner geht auf die Einzelheiten etwas näher ein und hebt zum Schluß hervor, daß das Projekt überall das größte Vertrauen zur Durchführung der Talsperren gefunden hätte. Auch beim nächsten Zusammentritt des Landtages würde der Ausschuss nicht in der Lage sein, ein genaues Projekt vorzulegen. Er lege besonders Wert darauf, das Werk in eigene Regie der Provinzverwaltung zu geben.

Damit war die Debatte geschlossen. Der Antrag der Kommission wird mit großer Majorität angenommen.

Eine dritte Vorlage wird ohne wesentliche Debatte und nach erheblicher Abänderung, im Übrigen nach der Kommissionsfassung angenommen. Sie lautet: Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Anträgen, welche in der Vorlage zu den unter laufenden Nummern 1 bis 83 bezeichneten Rechnungen gestellt sind, wird zugestimmt, 2. die Provinzialbeiträge für Benutzung von Provinzialkanälen sämtlich dem Chauvin-Kapitalienfonds zuzuführen.

Schließlich kam die bedeutendste Vorlage zur Verhandlung und Beschlußfassung. Sie betrifft die Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes. Es betraf die Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes. Nach dem am Sonnabend der Berichtsteller v. Schwerin die Vorlage begründet, wurde gestern die Debatte eröffnet. Gleich zu Anfang ergriff der Ober-Präsident Graf Hedlich-Tröschler das Wort, um sich ausführlich und grundlegend zu der Vorlage zu äußern und die Anträge v. Schroeter und v. Dösch zur Annahme zu empfehlen. Er bemerkte u. a.:

Nach dem Gesetz muß jedem Anlieger Vorteil daraus erwachsen. Ob das theoretisch richtig, ist zweifelhaft, wenn man an die praktische Durchführbarkeit denkt. Tausende von Leuten haben mit dem Gesetz betreffend Hochwasserschutz zu tun, die ganz verschieden an letztem beteiligt sind. Klarheit wird erst geschaffen werden, wenn die ersten Vorträge erhoben sind und wenn Vorteile oder Nachteile daraus erwachsen. Die Konsequenzen sind jetzt noch gar nicht übersehbar. (Sehr richtig!) 32 Millionen sind bisher für den Hochwasserschutz ausgegeben worden. Man hat an eine Erhöhung gedacht aus den Wasserrenten, aber nunmehr ist die Erhöhung u. a. eingetreten. Was die Petitionen anbelangt, so sind diese, wenn man von der „demagogischen Agitation“ absteht, zum Teil berechtigt. Der Mut, mit dem sie vertreten worden, ist anerkennen. Die Verwaltung hat mit letzterer Treue gearbeitet. Wo sich Fehler zeigten, da lag und liegt es an der ganzen Konstitution des Gesetzes. Nichts ist schädlicher als bürokratische Willkür und allen weitherziges Entgegenkommen. Trotzdem erklärt sich der Oberpräsident auf das Bestimmteste gegen eine Änderung des Gesetzes. Es seien längere Erörterungen nötig. Die Petitionen und Anträge enthalten einen berechtigten Kern. Wenn aber schon jetzt eine Änderung des Gesetzes vorgenommen würde, so seien die folgenden unübersehbar. Redner erläutert das das Nähere und geht dann auf die Wünsche und Forderungen betreffend den Hochwasserschutz ein. Mit der faktischen Gestaltung des Gesetzes könne er sich nicht einverstanden erklären. Eine gewisse Dezentralisation halte er mit dem Antrage von Dösch für wünschenswert. Wie es überbaue, ist zu wünschen, daß das Kataster abgeklärt werde. Die übrigen Anträge enthalten sehr wichtige und wertvolle Gesichtspunkte. Die Höhe der Katasterbeiträge soll durch den Ausschuss festgelegt werden. Entwürfe gegen das Kataster können beim Provinzialrat erhoben werden. Der Oberpräsident ersuchte schließlich die Vertreter zur Verwaltung zu bitten, daß sie die Katasterbeiträge von den Interessenten nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte erheben würden. Es möge der Katasterfrage eine ruhige Entwicklung gewährt werden. Es würde keiner überlastet und wo das geschehe, möge man Einspruch erheben.

Nach dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede nehmen die verschiedenen Antragsteller das Wort. Es lagen 15 Anträge vor, die sich auf diese Stelle unmittelbar wiedergeben können. Durchweg beziehen sich die Anträge auf bestimmte Wünsche. Zu der Abstimmung werden folgende Anträge angenommen:

1. Die Vorlage des Provinzialauschusses betreffend Bericht über die Arbeiten zur Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes im Jahre 1904 durch Kenntnisnahme für erledigt zu crachten.

2. Der Provinziallandtag verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergeben und ihren Grund zum Teil in dem Gesetze selbst haben. Trotzdem kann der Provinziallandtag den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Abänderung des Gesetzes nicht für geeignet anerkennen. Zur Zeit sind die Vorarbeiten noch in keinem einzigen Flussgebiet beendet; es kann somit die Notwendigkeit der Konsultation der Interessenten noch nicht übersehen werden. Andererseits fehlt bei der Fügung der Gesetzentwürfe des Provinzialauschusses eine gründliche Erörterung über die Höhe der für die einzelnen Abnehmer erforderlichen Unterhaltungskosten, sodaß zur Zeit ein erdächtliches Urteil über die Wirkungen der diesbezüglichen Bestimmungen nicht möglich ist, insbesondere betreffend der Unterhaltungskosten.

auf die Interessenten, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Ueberbürdung nicht möglich ist.

Hierauf sieht der Provinziallandtag zur Zeit von einem Antrage an die königliche Staatsregierung aber an den Landtag der Provinz wegen Abänderung des Gesetzes ab und beauftragt den Provinzialauschuss, ihm bei seinem nächsten Zusammentritt über die bei der Durchführung des Gesetzes hervorgetretenen Schwierigkeiten erneut Bericht zu erstatten.

Soweit die Petitionen die Abänderung des Gesetzes vom 3. Juli 1900 betreffen, sind sie dem Provinzialauschuss als Material zur eventuellen Verhandlung mit der Königl. Staatsregierung zu überweisen.

III. Der Provinziallandtag erklärt sich einverstanden mit dem Beschluß des Provinzialauschusses bezugs einer gerechten Verteilung der Interessentenabgaben und bezugs Vermeidung von Ueberbürdungen durch diese Abgaben.

Die 15 Anträge werden dem Provinzialauschuss als Material überweisen. Der Oberpräsident wird ersucht, nach Fertigstellung des Ansatzes innerhalb der einzelnen Flussgebiete eine Revision des Ansatzes zu veranlassen.

Damit hat der Provinziallandtag seine Arbeiten erledigt.

Mit den üblichen Dankesworten und Formalitäten durch den Vorsitzenden Herzog von Ratibor und den „Landtagskommissarius“, den Oberpräsidenten, wird der 45. Landtag mit einem Hoch auf Wilhelm II. geschlossen.

* Das Kronprinzengeschenk vor Gericht. Bekanntlich hat der freisinnige Magistrat gegen unseren Genossen Albert als verantwortlichen Redakteur der „Volkswacht“ Strafantrag gestellt, weil er den Magistratsantrag auf Bewilligung von 30,000 Mk. zu einem Hochzeitsgeschenk für den deutschen Kronprinzen als einen Verstoß gegen die Aufgaben der Stadterverwaltung und gegen deren Dienstfeld bezeichnete. Die Sache kam heute vor der Breslauer Strafkammer zur Verhandlung. Der Staatsanwalt hielt eine schwere Verleumdung für erwiesen und beantragte die Kleinigkeit von einem Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe.

* Bei den Wahlen zur Kommunal-Krankenkasse, die infolge Ungültigkeitserklärung dieser Tage erneut vorgenommen wurden, hat die Liste des Gemeindearbeiter-Verbandes mit großer Mehrheit gestimmt.

* Eine öffentliche Versammlung der Maßschneider fand gestern Abend im „Café Restaurant“ statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kollege Finke behandelte in seinem Vortrage die Lohnbewegung. Er schilderte dabei die Entwürdigung der Schneider in den letzten Jahrzehnten, die sich wie überall, wo die Arbeiter nicht den nötigen Zusammenhang an den Tag legen, auf deren Kosten vollzog. Die Löhne insbesondere stehen nicht im Einklang mit den Erfordernissen, die das Leben heute an jeden Arbeiter stellt. Die Schneider stellen heute „keine Leute“ mit leeren Taschen vor. Besser wäre es, sie erachteten sich den gewöhnlichen Arbeitern gleich und richteten sich in ihrem Streben nach diesen. In der Diskussion wurden eine große Anzahl von Einzelfällen vor Augen geführt, die die Lage der Maßschneider ebenfalls sehr ungünstig erscheinen ließen. Zu bemerken ist, daß die Unternehmer leichtsinnig der Frage einer Lohnbewegung ihrer Gehilfen Aufmerksamkeit zuwenden. In den besseren Firmen stellt man sich den Gehilfen durchaus nicht feindlich gegenüber, man erhofft vielmehr durch Lohnbewegung und Einführung des Tarifs mit Recht eine Verbesserung der Schmutzkonturen. Zum Teil sucht man aber durch Zugeständnisse, die man den Gehilfen schon jetzt macht, diese von der Teilnahme an einer allgemeinen Lohnbewegung fernzuhalten. So hat z. B. die Firma J. A. Kränzel mit ihren Gehilfen erst jetzt einen Tarif vereinbart, der für Saison 18 bis 14 Mark vorläufige Löhne, die für die anderen Städte gezahlt werden, und dementsprechend. Auch die Vergütung der Extraarbeiten ist einigermaßen geregelt worden. Der erste Maßschneider erhält nach dem Tarif einen Lohn von 26 Mk.; das wäre somit der Höchstlohn, den Tagelöhner in Breslau erhalten. Das Schlimme an der Sache aber ist, daß der Tarif auf zwei Jahre vereinbart wurde. Im nächsten Jahre kann er deshalb ein Hindernis für eine allgemeine Lohnregulierung werden. Dies wollen die Kollegen beachten und wenn andere Geschäfte ebenfalls mit Zugeständnissen kommen, möge man sie ruhig annehmen, aber sich nicht auf eine bestimmte Zeit binden lassen, da neben einer Lohnherabsetzung vor allem ein einheitlicher Tarif geschaffen werden muß. In der nächsten Mitteilungsverammlung wird die Wahl einer Tarifkommission erfolgen.

* Die Klempner-Zunung hielt am Montag im Café Restaurant eine außerordentliche Sitzung ab zwecks Stellungnahme zu den Forderungen der Gehilfenchaft. Nach längerer Debatte bewilligte man u. a. den Lohnsatz dahin: Die 10 1/2 stündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Für einen selbstständig arbeitenden Gehilfen wird ein Stundenlohn von 45 Pfg. gezahlt. Den Junggehilfen wird im ersten Gesellenlohn ein Stundenlohn von 34 Pfg., im zweiten ein solcher von 37 Pfg. und im dritten 40 Pfg. gezahlt. Dieser Tarif tritt mit dem 1. April 1905 in Kraft und zwar auf die Dauer bis 1907, falls nicht drei Monate vor Ablauf dieser Frist eine Abänderung erfolgen sollte.

* Hausfriedensbruch sollte, wie wir feinerzeit berichteten, der Banarbeiter Max Lukas durch „unberechtigtes Eindringen“ in den Bau des Maurermeisters Köhler auf der Klosterstraße verübt haben. Es war deshalb ein gerichtlicher Strafbefehl auf zwei Wochen Gefängnis gegen ihn ergangen, gegen den er Einspruch erhob. Vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß Köhler für das Tragen von Kalk für 1000 Stück Ziegeln nur 1,60 Mk. zahlen wollte, anstatt 1,90 Mk., wie im Tarif vereinbart ist. Mitte Dezember hatte deshalb Lukas im Auftrage der Lohnkommission mit Köhler Nachrede nehmen sollen. Dieser aber verwies den Angeklagten auf Gehilfen Köhlers vom Bau. Die Folge war, daß die Kalk- und Ziegeltäger am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erschienen. An einem der nächsten Tage begab sich Lukas wieder nach dem Bau, um Verhandlungen anzuknüpfen. Er befand sich aber noch unter dem Tor, als er von Birel abermals fortgewiesen wurde. Der Aufforderung leistete er auch sogleich Folge, doch er war nun eben „unberechtigt eingedrungen“ und Köhler stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt hielt zwei Wochen Gefängnis für eine angemessene Strafe. Der Angeklagte habe sich eine große Verlastigung zu schulden kommen lassen, und „wo sollen wir denn hin kommen, wenn das Eigentum der Arbeitgeber nicht vor solchen Leuten geschützt wird!“ Das Gericht erkannte auf 10 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt und die Sache stand deshalb gestern vor der Strafkammer zur Verhandlung an. Eine große Anzahl von Bogen war geladen worden, doch kam die Sache nicht mehr zur Verhandlung. Es blieb also bei den 10 Mark Strafe und der Staatskasse sind infolge der Berufung eine Menge unnützer Kosten erwachsen.

* Firtus - Eisenbahnverbindungen. Zur Nachhabe beim Besuche des Firtus Busch verkehrten Abends folgendezüge: Richtung Döbeln - Döbeln (Gantzbahn) ab 11.45, Richtung Döbeln - Döbeln (Halt in Neumarkt), Richtung Döbeln - Döbeln (Halt in Döbeln), ab 11.33, Richtung Freiburg-Dittersbach (Halt in Döbeln), ab 11.15, mit Anschluss Könnigsberg ab 11.25, ab nach Schweidnitz und Reichbach 12.35, ab nach Striegau - Jauer 12.39, Richtung Traubenberg-Riffa (Hauptbhf.) ab 11.34, Richtung Döbeln-Stein (nur Mittwochs, Sonnabends und Sonntag) Freib. Bhf. ab 11.20. Am 23. d. M. geht außerdem ein Sonderzug in der Richtung Jöhben ab 11.30 Nachts ab Hauptbahnhof.

* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 18. n. 19. d. M. 65 Personen eingeliefert. — Gefundene wurden: ein Trauring und eine silberne Serviette mit

Perle. — Abhanden kamen: ein Klapphalm, eine Taschentuch und eine Haarbürste und ein Portemonnaie mit 70 Mk.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* Wichtige Mitteilungen des Metallarbeiter-Verbandes! Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnisnahme, daß sich die Bibliothek jetzt in dem Verbandsbureau befindet und ist dieselbe täglich während der Bureaustunden von 9-10 Uhr Vormittags, 12-1 Uhr Mittags und Nachmittags von 5-7 Uhr geöffnet; außerdem Freitags von 5-8 1/2 Uhr Abends. Sonabend Nachmittag ist die Bibliothek geschlossen. Während der übrigen Zeit werden Bücher nicht ausgeliehen. Die Kataloge sind in nächster Zeit fertiggestellt und werden zum Preise von 5 Pf. pro Stück im Bureau abgegeben.

Die Ortsverwaltung.

Hirschberg, 21. März. Verunglückte Schiefer. In einer Sandgrube bei Hamburg-Alsterdorf wurde ein Handwerker mit Rättern getrieben, aus welchen hervorgeht, daß die beiden am Sonnabend aus der Aker gezogenen männlichen Leiden der Klempner Heinrich Koberle und dessen Sohn aus Miesowitz in Schlesien sind.

Schweidnitz, 21. März. Ein Standes-Amt für — Hunde? Ueber eine kuriose Statistik schreibt man der „Bresl. Morg.-Btg.“:

Ungewöhnliche Aufregung ruft eine amtliche Bekanntmachung in Nummer 11 des Schweidnitzer Kreisblattes unter den Mitgliedern der bekannten Familien Bello, Nero, Pöhlzer und Genossen hervor. Besagte Bekanntmachung fordert nämlich von den Ortsvorständen des Kreises und dem Gemeindeverwalter in Saara „ein namentliches Verzeichnis der am Orte am 1. April 1905 vorhandenen Hunde“. Darob allgemeines Gerede und Wirrwarr in den genannten Bezirken! Die beteiligten Kreise „schütteln“ nämlich in der bisher unerhörten Feststellung der „Personalia“ nicht bloß eine Hundzucht zur Bekämpfung der „hiesigen ein wahres Hundeleben“ führenden Interessenten, sondern man munkelt — ob mit Unrecht, sei dahingestellt — auch von einem politischen Hintergrunde der Statistik. Diese Verurteilung sollte man den Hunden nehmen und sie wenigstens aufhängen über die Köpfe der eigentlichen Statistik.

Briegitz, 21. März. Eine patriotische Extrawurst. Die städtischen Behörden von Brimkenau werden sich an dem gemeinsamen Geschenk der Städte zur Hochzeit des Kronprinzen nicht beteiligen und haben beschloffen, eine besondere Pulbigungsadresse mit einem Wert von 250 Mk. abzugeben.

Jünen wird dann auch ein besonderer Dank vom Hause Hohenzollern werden.

Dr. Serby, Kr. Lubitz, 21. März. Explosion. Am Sonnabend war das unmittelbar an der preussisch-russischen Grenze liegende Gasthaus „Zum Pringen von Preußen“ der Schauplatz eines bedauerlichen Unglücksfalles. Eine mit Kohlenfäule gefüllte eiserne Flasche explodierte. Die Flasche stand neben einem eisernen Ofen, der von Fuhrleuten der Dynamit- und Pulverfabrik Kruppamühle hiesigen Kreises gegen den Befehl des Gastwirts angeheißt worden war. Die Fuhrleute hatten der russischen Regierung nach russisch-herby, wie das öfteren schon, 30 Wagenladungen Pulver überbracht. Um sich zu wärmen, hatten die Leute Feuer in den im Lokale befindlichen eisernen Ofen gemacht. Dadurch wurde das Unglück hervorgerufen.

Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Einer der Fuhrleute, von einem Eisenstücke am Kopfe getroffen, blieb sofort tot, ein anderer wurde schwer an den Oberschenkeln verletzt und vier weitere trugen leichtere Verwundungen davon. Im Lokale selbst wurden durch den immensen Luftdruck sämtliche Fenster herausgeschleudert, eine Wand eingestürzt, die Decke durchgeschlagen und das Mobiliar schwer beschädigt.

Kattowitz, 21. März. Immer wieder: Die Polizei in Oberschlesien. Man kann dafür eine stehende Rubrik einrichten. Für heute wird dem „D. L.“ folgendes unter der Spitzmarke „Polizei“ geschrieben: „Im Jahre 1903 erhielt ein älterer Beamter, der Vorstandsmittglied des Kreisvereins in V. war, vom Amtsgericht zu Kattowitz eine Kenntnisnahme mit der Anlage angesetzt, er habe in einem Restaurant 12 Schmitt Bier getrunken und zu deren Bezahlung nur über 10 Pf. bezahlt, weshalb er das Vermögen des Kellners F. zu Lasten um 1.10 Mk. geschädigt und sich des Betruges schuldig gemacht habe. Der Angeklagte konnte vor Gericht zu seiner Rechtfertigung nur die Versicherung abgeben, daß ihm dieser oder auch nur ein ähnlicher Vorfall gänzlich unbekannt ist. Der als Zeuge vernommene Kellner F. aus Lauscha gab unter dem Eide folgendes an: Bei der Kaiser-Geburtsfeier im Jahre 1903 leitete der Kreisvereins-Kameraden einige Anlagen Bier bestellt und hierfür 3.75 Mk. bezahlt. Bald nach der Bezahlung habe er an den Tisch noch 4 oder 5 Glas Bier gebracht und die Bezahlung für dieselben von dem Angeklagten in der irrigen Meinung verlangt, daß er alles bezahle. Der Angeklagte habe aber die Bezahlung der nachträglich gebrachten Biere abgelehnt, zu deren Bezahlung sich aber sofort ein anderer Kreisvereins-Vorstandsmittglied meldete.“ Auf Befragen des Geschichtsvorsitzenden gab dieser noch folgendes an: Der Angeklagte schulde ihm absolut nichts. Selbst aber in dem Falle, daß der Angeklagte einen Teil oder die ganze Forderung schulden gelassen wäre, hätte ihm der Zeuge dieselbe anstandslos kreditiert, da er ihn als einen rechtschaffenen Menschen kenne, der ihm einen etwaigen Schuldbetrag am nächsten Tage ohne weiteres bezahlt hätte.“ In der vorläufigen Rücksprache des Kellners mit dem Angeklagten drückte dieser seine Bedauern darüber aus, daß ein formloser Vorfall zu einer so furchtbaren Anklage aufgebauscht worden ist, die jedenfalls das Werk des Polizeibeamten sei, der an der Kaisergeburtstagfeier teilgenommen und dieselbe beauftragt habe. Der Kreisvereins-Vorstand, dem solches passiert ist, ist ein älterer Beamter von ausgesprochen patriotischer Gesinnung. Selbstredend erkannte das Gericht auf völlige Freisprechung des Angeklagten; auch die außergerichtlichen Kosten des Angeklagten wurden der Staatskasse auferlegt. Trotz dieses evidenten Beweises seiner Schuldlosigkeit wurde dieser erst letzte Vorfall seitens der Polizeibehörde der vorgelegten Behörde des Beamten angezeigt, die dieserhalb sie auch wegen ähnlicher erdichteter Vergehen die Disziplinaruntersuchung gegen ihn anstrengte.“

Kattowitz, 21. März. Ueber ein schweres Grubenunglück ist jetzt wieder zu berichten. Auf der Konordgrube wurden unter Tage durch einen einflügenden Kohlenpfeiler die Schleppler Klyka und Gschmann, beide 17 Jahre alt, erschlagen. Sie waren sofort tot. Ferner wurden bei dieser Katastrophe schwer verletzt der 18 Jahre alte Schleppler Pöschke und der 17 Jahre alte Schleppler Pöschke. Die Verunglückten wurden dem Knappschafstlagarett zugeführt. Näheres über die Ursache die Unglücksfalles ist noch nicht bekannt.

Schreibhütte, den 21. März. Die Phantasie des Schreibhüttenbesitzeren. Das Puffenmädchen Ignaz aus Breslau diente bei Frau F. in der Schreibhütte. Nach ihrem Fortgange wurden am 24. August bei 2 Kaufleuten in Kattowitz mit gefälschten Anweisungen für Frau F. Waren entnommen. Da ein Schreibhüttenbesitzer angab, die Schrift rühre von der Frau her, wurde gegen diese Anklage erhoben. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch festgestellt, daß die Anklage zur fraglichen Zeit in Oppeln bei einem Restaurateur in

Stellung war und Doppel nicht verlassen hat. Der Vorsitzende be-
bauerter in der Begründung des freisprechenden Urteils die
Sphantalle des leider nicht anwesenden Schriftführers.

Aus der Provinz Posen.

Posen, 21. März. Ein Unglücksfall ist auf dem Bau
Neu Hartenstraße des Unternehmers Vertowski passiert. Auf
dem Bau arbeiten am Ende 2 der ersten Etage Maurer und
Schlosser. Da fiel unter Lebens einem Schlosser der Winkel eines
Bohrers in die Tiefe und traf den Arbeiter Budzinski so unglücklich
auf den Kopf das derselbe sofort umfiel und 10 Minuten be-
sinnungslos liegen blieb bis er per Droschke nach dem Lazarett ge-
bracht wurde.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Sonntag Nachmittag entgleiste bei der Osora eine Lokomotive
der Kleinbahn Ratibor-Gleiwitz. Sie bohrte sich tief in den
Bahnkörper ein. Der Betrieb wurde durch Umkippen an der Unfall-
stelle aufrecht erhalten. Menschen sind nicht verunglückt. — Aus der
Oder wurde die Leiche der 16jährigen Schneiderin Marie Marcoll
aus Ratibor gezogen und in das Ostpreussische Leichenhaus geschafft.
Ob ein Unfall, ein Verbrechen oder ein Selbstmord vorliegt, ist noch
nicht bekannt. — Als ein Trupp Wärenden durch Gollitsch-
Gundorf kam, rief ein Wärend, durch Reden und Lärm wild gemacht,
seinen Führer um und schleifte ihn eine ganze Strecke mit fort. Vor
der Tür eines Wärends machte der Wärend endliche Halt und nun kam auch
sein Führer, dem außer einigen Dantabschüttelungen nichts passiert
war, wieder auf die Beine. — Gestört wurde auf der Friedensgrube
bei Gleiwitz der Bauer Paul Jaber durch herabfallende Gesteins-
massen. — In Bogatschütz wurde durch Kohlenmassen auf der
Friedensgrube dem Bauer Aug das rechte Bein gebrochen. —
Die Typhus-Erkrankungen im Kreise Budzisz wehren sich bedenklich.
Namentlich sind 14 Fälle festgestellt worden. — Der Scharlach scheint
in der Schulgemeinde Osteritz epidemisch anzukommen. Bereits
drei Kinder sind in kurzer Zeit der Krankheit zum Opfer gefallen.
Auch die Diphtheritis tritt in vereinzelten Fällen auf. — In Grün-
berg traf ein Polizeibeamter auf der Berlinerstraße zwei mit Holz
beladene Fuhrwerke des Volkshändlers Schirmer, von denen das letzte
Gepäck mitterlos war. Als man das Gepäck zum Stehen ge-
bracht hatte, forschte man weiter nach und fand auf der Nürnberger
Straße der 55 Jahre alten Kattischer Dienstin. Der Verunglückte
ist verarmt im Schlafe vom Wagen gerollt und überfahren
worden. Der Landrat leitete eine Vernehmung von 30 Wärenden aus für
Ermittlung des Brandstifters der Niagaischen Vernehmung in Karschtin.

Neueste Nachrichten. Gegen die Vergessennovelle

haben die in den Handelskammern vereinigten Kapitalisten-Kreise
Preussens-Verständens Stellung genommen. Es wird nämlich be-
achtet:
Die Vereinigung von Handelskammern des niederschlesischen
westfälischen Industriebezuges hat in einer Versammlung
beschlossen, den Landtag zu bitten, die Vergessennovelle be-
treffend Regelung der Vergarbeiterverhältnisse, abzulehnen!
Die nationalliberale Fraktion des Landtages hat sich mit der
Novelle ebenfalls beschäftigt und mancherlei „Bedenken“ gehabt. Sie

will für Kommissionsberatung stimmen, um die Vorlage zu „be-
bessern“. Schöne Absichten!
Fragwürdig treibt es das Unternehmertum mit Gewalt zu neuen
Kämpfen. Es wird berichtet:

Unter den Vergarbeitern der Gemeinschaft „Deutscher Kaiser“
in Hamborn ist, wie westfälische Blätter berichten, große Unzufrieden-
heit entstanden, weil die Leute die Kohlen für den Eigengebrauch
nicht mit 3/4 Mark pro Wagen bezahlen sollen, während sie
bisher nur 2 Mark zahlten. Die Arbeiter, die nicht am Streik teil-
genommen haben, erhalten angeblich die Kohle zum alten Preise.

Die Harnen in Russland.

Die Arbeiter der Sownowicer Aktiengesellschaft,
die bis jetzt immer noch in Aufstände beharren, hatten nach bürger-
lichen Verträgen Drohungen ausgestoßen, das Haupt-
verwaltungsgedäude der Aktiengesellschaft in die Luft
sprengen zu wollen, und gogen in einer Schar von etwa 30 Mann
vor dem Gebäude auf. Zum Schutze des Gebäudes wurde das-
selbe am Nachmittag mit drei Militärmaschinen besetzt und der er-
forderliche Raum durch Ausräumen der Bureaus gewonnen. Die
Direktion der Aktiengesellschaft hat den Arbeitern das Zugeständnis
angeboten, die Schicht- und Gehaltsbedingung um zehn Kopeken
zu erhöhen. Die Arbeiter sind damit jedoch nicht zu-
frieden.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

20. u. 21. März	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 7,2	+ 4,3	+ 2,6
Rufdruck bei 0 (mm)	760,5	751,2	752,5
Dampfdruck (mm)	4,6	4,4	4,4
Dampfdruck (pCt.)	61	71	79
Wind (0-12)	NO 2	O 3	O 2
Wetter	wollig.	bedekt.	bedekt.

Briefkasten.

Friedr. Bischofsstraße 12. Anzeigen über „Dorrenabend“
können wir namöglich bringen.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Meffergasse 18/19.
Sprechst. v. 11—1 u. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonntags Nachmittags).
Kassierer Karl Bläschel, Sehlstraße 14/16.
Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 21. März:
Lagererverband, Radlurs (14. Abend). Zimmer Nr. 3.
Mittwoch, den 22. März:
Ordnungskasse der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Ordentliche
Generalversammlung. Zimmer Nr. 2.
Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mitt-
woch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntag, den 26. März:
Breslauer Buchdrucker-Gesellen-Verein. Vormittags 10 Uhr:
Generalversammlung im großen Saal.
Vollkonzert Nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saal.

Sonntag, den 1. April:
Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung.
Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Größsener Vorstadt).
Bezirk 6. Dienstag, den 21. März. Abends 8 Uhr: Wegen
wichtiger Angelegenheiten zahlreiches Erscheinen Pflichtsache.
Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).
Bezirk 14. Mittwoch, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und
Zusatzabend. Das Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig.
Der Bezirksführer.
Bezirk 18. Dienstag, den 21. März. Abends 8 Uhr: Zu-
sammenkunft und Umtausch der Bibliotheksbücher. Zahlreiches Er-
scheinen notwendig. Der Bezirksführer.
Bezirk 19. Dienstag, den 21. März. Abends 8 Uhr: Zu-
sammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bezirksführer.
Distrikt VI (Ohlauer Vorst.)
Bezirk 73. Dienstag, den 21. März: Zusammenkunft.
Der Bezirksführer.
**Distrikt IX (Gable) (umfasst die Bezirke 91, 92, 93, 94
95, 96.)**
Bezirk 91. Dienstag, den 21. März: Zusammenkunft im
bekanntem Lokal. Wohl eines Stellvertretenden Bezirksführers. Um
zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bezirksführer.
**Distrikt VIII (umfasst die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84,
85, 86 (Kleinburg) und 121.)**
Bezirk 80. Mittwoch, den 22. März: Zusammenkunft im
bekanntem Lokal. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig, besonders
der Genossen von Dürrgoy und Herdman. Der Bezirksführer.
Distrikt X (Gödelwitz).
Bezirk 21 und 26. Dienstag, den 21. März, bestimmt
erscheinen. Der Bezirksführer.
Bezirk 22. Mittwoch, den 22. März: Zusammenkunft.
Der Bezirksführer.

Schweidnitz. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“
Neben Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr: Übungsstunde im
Lokal des „Seltgartens“, Kleischauerstraße. Gäste willkommen.

Freiburg. Freie Turnerschaft. Jeden Donnerstag:
Turnabend. Um rechte rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Hahnau. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Donnerstag
Abends 8 Uhr: Singstunde bei Bruner.

Jauer. Gesang-Verein „Vorwärts“. Jeden Donner-
stag, Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Posen. Versammlungsortal: Sommer, Schwabstraße 16.
Öffentliche Wärenderversammlung. Donnerstag, den
23. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Ohlau. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den
26. März, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zum grünen Baum“.
Tagesordnung: „Das heilige Russland und das
heidnische Japan.“ Referent: Prediger Tschirn aus
Breslau. In dieser Versammlung werden pro Person 10 Wä-
rentree erhoben. Der Einberufer.

Am 20. d. Mts. früh 1 Uhr, entschlief nach langem,
schwerem Leiden meine innigstgeliebte Gattin, Schwester,
Schwägerin, Tante und Grossmutter, die Frau
Marie Prädell
geb. Langner
im Alter von 45 1/2 Jahren.
Dies zeigt, mit der Bitte um stille Teilnahme, allen
Freunden und Bekannten an
Der trauernde Gatte Johann Prädell.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. d. Mts.,
Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Gabitzstr. 45 aus
nach Salvator statt. 595

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 20. März
die Frau unseres Mitarbeiters
Marie Prädell.
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihr
Das Arbeitspersonal der Fabrik Gebr. Bauer.
Beerdigung: Donnerstag, Nachmittags 4 Uhr, vom
Trauerhause Gabitzstrasse 45 nach Salvator. 599

Nach langem, schwerem Leiden verschied
am 20. d. Mts. die Frau unseres Mitarbeiters
Marie Prädell.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Beerdigung: Donnerstag, Nachmittags 4 Uhr, vom
Trauerhause Gabitzstrasse 45 nach Salvator. 596

Am Sonnabend, den 17. d. M. verstarb nach schwerem
Leiden unser langjähriges Verbandsmitglied, der Tapezierer
Rudolf Müller.
Leicht sei ihm die Erde!
Ein dankendes Anlehen bewahrt ihm
Der Verband der Tapezierer, Filiale Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, v. d. Leichen-
halle des Kirchhofes Harnitz. 596

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied der
Schlosser
Robert Meyer
am 19. d. Mts. gestorben ist.
Ehro seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. März,
Nachmittags 3 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach
Gräbchen statt.
Ruhe Beseitigung erwartet. Die Verwaltung. 597

Stadt-Theater.
Dienstag:
„Der Ring des Nibelungen.“
3. Tag
Abends 7 Uhr.
„Sötterdämmerung.“
Mittwoch:
„Die Verlobung des
Ricco in Genoa.“

Lobe-Theater.
Dienstag:
„Die Weber.“
Mittwoch:
„Das Weichenmadel.“

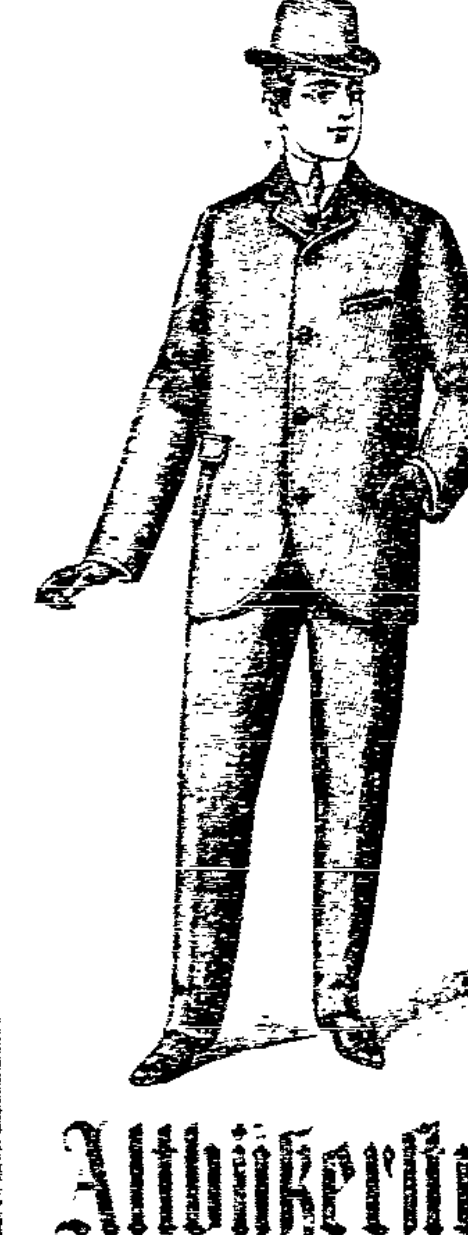
Zirkus Busch.
Dienstag, den 21. März 1905,
Abends 7 1/2 Uhr:
Süd-West-Afrika.
Grosses
Pracüt-Manege-Schaustück.
Norton B Smith,
Der König der Pferdebandiger.
Faszinierende Werke werden zu
jeder Zeit angenommen und
kostenlos behandelt.
Herr Burkhardt-Footitt,
Schlichter.
Zum 1. Male:
Wlle. de Holtrin,
Zauberkünstler auf dem oval.
Kloppendahl „gentleman“.
Herr Ernst Schumann
mit seinen Original-Theater-
Truppen.
Weltrekord: „Chips“.
Zerum u. ebeiter Wrede mit
Hüter über 8 Wärend.
10 wunderbar dress. Elephanten.
portret. v. Hr. Philadelphina,
und die
besond. Programmnummern
Spreche der Bühne etc.
u. viel mehracten! Die un-
schätzbaren u. neuesten ei-
Sonderzug am 23. d. Mts.
Breslau, Früh 11 1/2 nachts.
Herrings 14
Sardisch 14 1/2
Hamburg 15
Hannau 15 1/2
Dresden 16
Dresden 16 1/2
Hamburg 17
Hamburg 17 1/2
Hamburg 18
Hamburg 18 1/2
Hamburg 19
Hamburg 19 1/2
Hamburg 20
Hamburg 20 1/2
Hamburg 21
Hamburg 21 1/2
Hamburg 22
Hamburg 22 1/2
Hamburg 23
Hamburg 23 1/2
Hamburg 24

Billiger als überall!
Schränke, Vertikons, Spiegel,
Divans, Chaise-longues,
Sofas und Garnituren,
einfache u. elegante Bettstellen
mit Matrassen, Küchenmöbel,
Stühle, Regalatoren etc.
eventl. auch auf Teilzahlung
sehr billig. 410
H. Gerstel,
gerichtlich vereid. Taxat.,
Nur! Oderstraße 22. Nur!

Deutsche erstl. Solidaria-Fahrräder
auf Wäsend Teilzahlung.
Anzahl 20, 30, 50 M.
Abz. 3-15 M. mon.
Beförderer von
24 M. an. Zeit hier
reise gratis.
Preisliste gratis und franco.
J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5, No. 51. 61

Achtung Holzarbeiter!
Donnerstag, den 23. März, abends punkt 8 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Margaretenstraße 17:
Grosse Versammlung
von uns
Tischlern der Erlen-Möbelbranche.
Tagesordnung:
1. Die Tarifgemeinschaft im Erlenfach und das Verhalten der
Meister und Gesellen nach halbjährigem Bestehen derselben.
Referent: H. Peiderert.
2. Welche Mängel weist unser neuer Tarif auf und was mag
in Zukunft abgekehrt werden. Referent: G. Niesel.
3. Aufstellung eines Tarif-Verze amisses aller tariftreuen u. tarif-
brüchigen Arbeitgeber in den Erlen-Möbelstschereien Breslaus.
Frauen sind einladen.
Eintritt frei.

Freireligiöse Gemeinde.
Mittwoch, den 22. März, Abends 8 Uhr:
Gemeinde-Versammlung in der Halle.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Redakteur Albert: „Marin Gorki“.
2. Anträge zur Bundesversammlung und Beschlusstiftung.
3. Vorlegung und Besprechung der Danauer Statuten.
Der Vorstand.



**Konfirmations-
Anzüge**
in Kammgarn, Satin, Cheviot etc.,
schwarz oder blau,
in bekannt bester Ausführung
10,50, 12,—, 15,—, 18,—,
20,—, 22,—, 25,— und höher.
S. Guttentag,
Etablissement eleganter Garderoben
für Herren, junge Herren u. Knaben.
Altbückerstraße Nr. 5, I. Etage
Ecke Ohlauerstrasse.

Deutscher Reichstag.

168. Sitzung am Montag, den 20. März 1905, Nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Einem, Frh. von Stengel. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs für die

Friedenspräsenzstärke des Heeres.

Abg. Nebel (Sozialdemokrat):

Ich bedauere lebhaft, daß als die Budgetkommission über diese Vorlage beriet, es noch nicht bekannt war, daß für Süd-West-Afrika eine Nachtragsergänzung für 1904 in der Höhe von 27 1/4 Millionen Mark und eine Ergänzungsvorlage für 1905 in der Höhe von 34 1/2 Millionen Mark kommen würden. Das werden noch nicht die letzten Forderungen für Süd-West-Afrika sein, und dazu werden neue Forderungen für Kamerun, für Ostafrika und für die Militärpensionen kommen. Für das nächste Jahr ist noch eine Marinevermehrung zu erwarten. Durch alles das wird der Reichshaushalt sich noch erheblich ungünstiger gestalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dabei ist aber die politische Lage für Begründung einer Militärvorlage niemals ungünstiger gewesen als jetzt. Wenn wir leben, daß in den letzten Wochen die russische Heere fast vollständig vernichtet worden sind, so haben wir von Rußland in absehbarer Zeit keinen Angriff zu erwarten. Denn Rußland wird für jeden Monat, den es den Krieg noch fortsetzt, ein volles Jahr gebrauchen, um die entstandenen Schäden auszugleichen. Auch von Frankreich haben wir in absehbarer Zeit keinen Angriff zu erwarten, denn der Revanchegedanke gegenüber Deutschland verliert dort immer mehr an Boden. Je mehr sich die Friedensjahre vernehmen, umso weniger haben wir Ursache anzunehmen, daß noch jemals Europa in einen großen Krieg verwickelt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Heutzutage genügt unsere Armee auch allen Anforderungen, die eventuell im Falle eines Krieges werden könnten. Ein Fachmann hat mir versichert, daß kein anderes Land über eine annähernd gleich hohe Truppenzahl verfügt. Verfügt doch Deutschland im Falle eines Krieges über ein

waffenfähiges Heer von 2 1/4 Millionen

Menschen, zu denen im äußersten Notfall noch eine Million vom Landsturm zweiten Aufbehalts kommt. Unserer Militärverwaltung zum Ruhme muß anerkannt werden, daß all das, was auf dem Papier steht, in Deutschland auch wirklich vorhanden ist. Da sollte sich der Reichstag ernsthaft die Frage vorlegen, ob die neue Vorlage für die Sicherheit des Landes wirklich noch notwendig ist. Schon jetzt in normalen Friedenszeiten ist Deutschland nicht mehr in der Lage die Mittel für das Heer aufzubringen. Was soll da werden, wenn im Kriege die finanziellen Anforderungen über alles Maß hinausgehen? Wenn man schon einmal glaubt, auch diese Vorlage bewilligen zu müssen, so sollte man doch auf andere Weise die Mehrkosten wieder auszugleichen suchen. Das ließe sich sehr leicht erreichen, wenn zu den jüngst durch Kaiserliche Verordnung eingeführten Vereinfachungen im Exzerzieren weitere Vereinfachungen im Dienst, die ohne jede Schädigung des militärischen Organismus nötig sind, durchgeführt würden. Das verlangt im „Berliner Tageblatt“ auch ein hoher sächsischer Offizier, der erklärt, daß ganz Süddeutschland ohne Unterschied der Partisanenanschauung gegen jede Vermehrung der Kräfte sei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ueber die Zweckmäßigkeit, ja sogar

Gesundheitschädlichkeit des Paradenmarsches

haben sich militärische Sachverständige sehr deutlich ausgesprochen. Wenn er abgelehnt würde, würde das Wohlstand und Soldaten viel weniger erparat werden, und die Kriegsbereitschaft der Armee um nichts verringert werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die Vereinfachung der Uniformierung bin ich seit Jahren eingetreten. Eine solche Vereinfachung würde von großer finanzieller Bedeutung sein. Dann aber ist es nicht zweifelhaft, daß z. B. die Plüschhose eine ganz vorzügliche Rüstung für den Feind sind. Trotzdem aber diese Frage der Uniformierung keine politische, sondern eine rein zweckmäßige Frage ist, will die Majorität dieses Hauses nicht davon wissen: man weiß eben, daß an maßgebender Stelle für das Gelingen und Fahren eine ganz besondere Vorliebe besteht. Aber jeder muß einsehen, daß angesichts der modernen Entwicklung der Kriegstechnik die gegenwärtige Ausrüstung äußerst unzureichend ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Entwicklung der Armee hat sich derselbe

Sitzakurs

gezeigt, der sich in der ganzen äußeren und inneren Politik präsentiert. Das hat Oberst Gaebele im „Berliner Tageblatt“ sehr hübsch charakterisiert, indem er folgende Forderungen zusammenstellt. Aber kann eine Militärvorlage ist von Sachverständigen so bekämpft worden, wie die gegenwärtige, speziell was die Vermehrung der

Kavallerie anlangt. In der „Breslauer Morgenzeitung“ ist das ähnlich, gestützt auf die Erfahrungen des mandschurischen Krieges, berichtet, daß ein großer sächsischer Offizier, sehr gut bewiesen worden. In der Schlacht am Schaho hat weder die japanische noch die russische Kavallerie irgend eine Bedeutung gehabt. Die Kavallerie ist aus der modernen Schlacht einfach ausgeschlossen, es steht sich also Urteil gegen Urteil. Auf der einen Seite haben wir die Begründung der Militärverwaltung, auf der anderen Seite das Urteil der militärischen Sachverständigen. Aber die Kavallerie besitzt mehr einflußreiche Liebhaber, die Kavallerie ist gewissermaßen die Sportart gewisser Kreise. Wie aber als Volksvertretung können gar nicht anders handeln, als der Vorlage ein glattes Nein entgegenzusetzen. (Leb! Beifall b. d. Soz.)

Der Präsident teilt einen redaktionellen Antrag Dr. Spahn (Zentr.) und Genossen mit, nach dem sich die Anfrage der Kommission in folgender Weise darstellen. Während die Regierung 505,839 Gemeinden, Gemarkungen und Obergerichte und zwar bis zum 31. März 1910 fordert, wünscht der Antrag Spahn die Erhöhung auf nur 504,665 Gemeinden, Gemarkungen und Obergerichte, die allerdings im Laufe des Rechnungsjahres 1910 auf 505,839 erhöht werden sollen. Zugleich soll für 8 die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden, während die Kommission beantragt, daß die 10 Eilabstände bei der Kavallerie erst bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1910, statt bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1909 gebildet werden sollen. Abg. v. Normann (konf.) erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit dem Antrag Spahn einverstanden.

Abg. Graf Oriola (natl.) will nicht auf die Ausführungen Nebels eingehen und mit Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse auf Anträge verzichten, die über den Antrag Spahn hinausgehen. Die finanziellen Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Reichsfinanzreform gehoben werden. Wir brauchen neue Steuern, aber solche, die in erster Linie die Wohlhabenden treffen. Wir werden für die Fassung der Kommission stimmen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.) wirft dem Abg. Nebel vor, daß er oftmals falsch prophesie, macht auf den leinernen Ueberzug aufmerksam, der in der Schlacht über den Kufstierhelm gezogen wird, und empfiehlt mit einem Bist aus Clauswitz die Vorlage. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) legt kurz die Unterschiede zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschläüssen dar. Die Erhöhung der Präsenzstärke erst vom 1. Oktober d. J. bezweckt die Vermeidung einer zu starken Belastung des vierjährigen Heeres. Die Verkleinerung der Defonomehandwerker ist eine alte Forderung meiner Partei. Redner verteidigt alsdann die Kavallerie gegen den Abg. Nebel. (Beifall im Zentr.)

Abg. v. Ledebauer (Reichsp.) begrüßt die Vorlage und die Vermehrung der Kavallerie und wünscht keine Garnisonen in den Ostmarken.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freif. Vpt.) sieht den Herrscherhron am besten durch die Liebe des freien Mannes geschützt. (Lebhafter Zustimmung b. d. freif. Vpt.) Redner erörtert dann die Bedeutung der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung für die Verkleinerung der Kavallerie, erklärt sich entschieden für die Vermehrung der Kavallerie und die der Pioniere ist aber gegen eine Bindung auf längere Zeit. Aus der gegenwärtigen Weltlage läßt sich die Notwendigkeit der Vermehrung des Heeres nicht herleiten. Wir haben ja in der Budgetkommission erfahren, daß das Kriegsgeld nicht immer bei den stärksten Bataillonen, sondern bei den besten Eisenbahnen ist. (Sehr richtig! links.) Wir sind für die Befestigung der Defonomehandwerker durch Zivilhandwerker, aber trotz der schönen Neben des Kriegsmilitärs in der Kommission gegen die Vermehrung der Kavallerie. Die Vorlage wird eine neue Belastung der Steuerzahler mit sich bringen. Wenn die Rechte so eifrig für eine Finanzreform ist, so mag sie doch zunächst die agrarischen Liebesgaben beseitigen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Ich habe von vornherein darauf verzichtet, den Abg. Nebel für meine Pläne zu gewinnen. Dagegen hatte ich gehofft, den Abg. Dr. Müller-Sagan zu überzeugen. Das mir das nicht gelungen ist, tut mir sehr leid. Er hat doch selbst gesagt, daß ich in der Kommission eine sehr gute Rede gehalten habe. (Große Heiterkeit.) Aber diese schöne Rede (Erneute Heiterkeit) hat keinen Paulus aus einem Saulus gemacht und den Dr. Müller-Sagan nicht von der Notwendigkeit der Vermehrung der Kavallerie überzeugt. Das einzige Mittel, um ihn zu überzeugen, wäre, ihn an die Spitze einer Kavallerie-division zu stellen (Stürmische Heiterkeit) und ihm einen Gelehrten mit ausgezeichnete Kavallerie gegenüberzustellen. Redner polemisiert alsdann unter stürmischen Heiterkeitsausbrüchen des Hauses gegen die Behauptung des Dr. Müller-Sagan, daß die Lanzenfähnen wahrer Sammelherde von Bakterien seien.

Abg. Schröder (freif. Vag.) ist im großen und ganzen für die Vorlage in der Kommissionsfassung, wünscht aber die Deckung der Kosten durch direkte Reichssteuern. (Beifall b. d. freif. Vag.)

Abg. Dr. Böcker (Antif.) ist für die Vorlage, für einen Mann mit tragfähiger Schulter, für eine Wechseker und namentlich für kleine Garnisonen. (Bravo! b. d. Antif.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) vertritt die Ansicht, daß es eine Forderung der Menschlichkeit sei, in die Lanzenreihen nicht noch vermehrt der Lanzenfähnen Batterien hineinzubringen. Kriegsminister von Einem macht darauf aufmerksam, daß die Lanzenfähnen sich 1 1/2 Fuß unter der Lanzenpitze befinden, während für gewöhnlich ein Stich von 1 Zoll Tiefe genügt, um einen Gegner kampfunfähig zu machen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) bekräftigt trotzdem, daß einmal die Lanze bis zur Flagge in den Körper eindringen kann. Kriegsminister von Einem: Ein Mensch, dem die Lanze bis zur Flagge durch den Körper gerannt wird, braucht sich wirklich um Bazillen nicht mehr zu kümmern. (Bräuende Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über

Neubewertung der Wehrpflicht

(Gelegliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit, dagegen Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie.) Die Kommission hat eine Bestimmung eingeschaltet, welche für die Urlaubsbewilligungen mögliche Berücksichtigung der bürgerlichen Berufe, namentlich Berücksichtigung der Ernteverhältnisse fordert. Ein Antrag Albert und Gen. (Soz.) fordert die zweijährige Dienstzeit auch für Kavallerie und reitende Feldartillerie und Aushebung des Militärs der Einjährigfreiwilligen. Eine Resolution Dr. Müller-Sagan verlangt, die Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Vorbedingungen des einjährigfreiwilligen Dienstes. Abg. v. Normann (konf.) stimmt mit größerem Gern für die Vorlage und überläßt die Verantwortung für die gezielte Festlegung des zweijährigen Dienstes der Regierung. (Bravo rechts.)

Abgeordneter Dr. Silbermann (Sozialdemokrat):

Nur deshalb wurde 1893 die gesetzliche Dienstzeit nicht gesetzlich festgelegt, weil die Regierung einen Schranke so d behaltten wollte, um von dem Reichstage

neue Heeresvermehrungen zu repressen.

An sich hat der vorliegende Gesetzentwurf geringe Bedeutung, aber er bietet uns die gewöhnliche Gelegenheit, einige andere Reformen vorzuschlagen. Unsere beiden Anträge, die natürlich in keiner Weise unsere prinzipielle ablehnende Stellung zu dem heutigen Heerwesen tangieren, bezwecken, die jetzige allgemeine Wehrpflicht durch die gleiche Dienstpflicht zu ergänzen. Die Einjährigfreiwilligen bei der Kavallerie, denen doch auch der Herr Kriegsminister wohl kann, einen besonderen Pferdebestand aufrechten will, beweisen, daß man auch bei der Kavallerie mit einer kürzeren als der dreijährigen Dienstzeit auskommen kann. Das Vorrecht der Einjährigfreiwilligen mochte zur Zeit der Befreiungskriege eine gewisse Berechtigung haben, heute ist es zu einem völlig ungerichteten, aber schließlich um so sorgfälliger konterbierten Privileg des Besitzes geworden. Schon Scharnhorst hat auf die Notwendigkeit der oberen Klassen aufmerksam gemacht, sich vom Militärdienst nach Möglichkeit zu drücken. Auch der Kriegsminister hat in der Kommission angegeben müssen, daß wir es hier mit einem Besitzprivileg zu tun haben. Außerdem belastet das

Berechtigungsanwesen

auf das furchtbare unsere höheren Lehranstalten. Ferner hat das Institut der Einjährigfreiwilligen einen gewissen Einfluß in niedrigeren Dienststellungen behauptet. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) In militärischer Beziehung stellen die Einjährigen ein Stören des Elements dar, verbreiten Reinigung zu verursachen, bekämpfen Unteroffiziere und Feldwebel und bringen den größten Teil ihrer Dienstzeit außerhalb der Kasernen zu. Die allgemeine Durchführung der zweijährigen Dienstzeit würde auch das Gute haben, dadurch, daß sie alle Volksteile gleichmäßig trifft, auch die bürgerlichen Parteien für eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit zu interessieren. In Frankreich ist neben die Reform, die wir verlangen, gesetzlich durchgeführt; auch hier in Deutschland werden über kurz oder lang unsere Forderungen trotz des Widerstandes der sich an ihre Privilegien klammernden herrschenden Klassen sich durchsetzen. (Leb! Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Gröber (Zentrum) findet viel Nichtiges in den Ausführungen Silbermanns, ist aber doch gegen die Aufhebung des Instituts der Einjährigfreiwilligen, während er die Annahme der Resolution Müller-Sagan empfiehlt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (freif. Vp.) lehrt der Tribüne den Rücken zu und bleibt daher zum großen Teil unverständlich. Er empfiehlt keine Resolution, die er dahin erklärt, daß durch sie eine allmähliche Ausdehnung des einjährigen Dienstes durch Ausdehnung der Berechtigung herbeigeführt werden soll. (Beifall b. d. freif. Vp.)

An den Gräbern der Märzgefallenen.

Der stille Winkel im Friedrichshain, wo die Freiheitskämpfer aus den Märztagen des „tolle Jahres“ ruhen, wurde am Sonntagabend von tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besucht, um die Toten zu ehren. Die Polizei war, wie in früheren Jahren, in beträchtlicher Zahl erschienen. Einige Einkerungen wurden vorgenommen. Auch sonst kam es zu einigen eigenartigen Zwischenfällen. Der „Vorwärts“ berichtet über die Eindrücke das Folgende:

Unter den vielen teils prachtvollen Spenden bemerkten wir Kränze der Arbeitervereine Berlins, Charlottenburgs, sowie des Zentral-Vereins für den Kreis Teltow-Beeskow; auch die sozialdemokratischen Frauen Berlins und des Kreises Teltow waren durch prächtige Spenden vertreten. Die Freie Volksbühne, der Arbeiter-Sängerbund sowie der Handwerkerbund, die Freien Turner, die Patienten von Werchowice hatten die Märzgefallenen auch in diesem Jahre geehrt.

Die in der Gewerkschaftskommission vereinigten Organisationen hatten durch ihre Sekretäre Kränze und Bündler einen prachtvollen Kranz niederkommen lassen, desgleichen der Arbeitervereinsverein; auch der im Gewerkschaftskartell vereinigten Lokalorganisationen waren vertreten. Von ewerkschaftlicher Seite hatten sonst noch die Bauarbeiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Zentralverband der Konditoren, die streikenden Schildermeister und die Leitergerüstbauer Kränze niedergelegt.

Der Schere des Zensors fielen eine große Zahl Kränze schenken zum Opfer. Auch Schiller, zu dessen Ehre in einem Anbuche unter anderen der Reichskanzler sowie die Minister Hammerstein und Zuntz anfordern, verfiel der Polizeischeck und zwar waren folgende Verse aus „Wilhelm Tell“:

„Eine Grenze hat Tyrannennacht. Wenn der Gedächtnis nirgendes Recht kann finden. . . Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr Verban er will, ist ihm das Schwert gegeben.“ Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Gesamtbetriebes der A. E. G. und U. E. G. hatten einen Kranz mit folgender Widmung niedergelegt, von welcher die letzten beiden Zeilen der Schere des Zensors verfielen:

O herrlicher Auferstehungsstar, Wenn sie aufstehen, die Nationen, Gimmelfragen mit einem Schlag Die Erbone aufant den Drehnen!

Die Arbeiter der Staatswerkstätten in Spandau haben es sich auch in diesem Jahre nicht nehmen lassen, die Märzgefallenen zu ehren, aber ihre Widmung fand nicht den Beifall des Zensors an den Beamten. Die staatsgefährlichen Verse lauten:

Was Ihr gesät am Märzentage, Es scheint, es treibt, es blüht

Ob's wohl noch lange bauern mag, Bis's Volk zur Ernte zieht?

Der Zensurverfiel auch die Schere des Kranzes, den die Arbeiter der Maschinenfabrik Max Hesse u. Co. gespendet: So wüthet denn, Ihr Untgelesnen, Doch sparet Euren feigen Hohn, Bis aus den Gräbern der Rebellen Empor wuch die Rebellion!

Der Kranzträger wurde sogar sofort fiktirt. Die Arbeiter der Firma H. Klinkde hatten folgenden Vers aus Sallust's „Abfertigung der zahmen Propheten“ als Widmung gewählt, der aber vor den Augen des Zensors keine Gnade fand:

„Ihr es nicht wieder wagt, Wie auf einen Rauberschlag Eure Haut zu Nacht zu tragen, Kommt und nicht der Freiheit Tag.“

Die Hausdiener der Firma A. Jandorf, Brunnenstraße, hatten folgende Widmung gewählt, die der Schere verfiel: Euch trieb das Elend, Euch trieb die Not, Euch Brüder hin in graufigen Tod, Wir sind die Erben, wir eifern Euch nach, Wir rächen die Blutschuld, wir rächen die Schmach.

Dem gleichen Schicksal verfielen die Verse, welche die Arbeiter der Elektrizitätswerke Vergemann (Abteilung Oberndorferstraße) gewählt:

So wahr Ihr einst trotzig den Arm habt gerecht, So wahr Euch dann meuchlings niedergestreckt, So wahr Ihr nun schlummert unter dem grünen Wall, Wir werden Euch rächen auf jeden Fall.

Die Arbeiter desselben Werkes (Abteilung Herrn Jandorfstraße) hatten folgende Widmung gewählt, die ebenfalls der Schere verfiel: Nicht lange mehr, wir werden ein Ziel bald setzen Dem blutigen Würfelspiel, das die Mächtigen spielen Mit frevelnden Sinnen, und die Armen bezahnen.

Die nichts gewinnen. Es wird ein Ende dem Hunger, der Knechtschaft werden, Der darobenden Menschheit ein Friede auf Erden!

Die Anarchisten Berlins waren durch mehrere Kränze vertreten, deren Widmungen fast sämtlich der Schere verfallen waren. Nur Polizeiwache stiftet wurde der Ueberbringer eines Kranzes mit der Aufschrift:

„Den Militärdespotismus schafft man nicht auf parlamentarischen Wege ab, darum nehme ich kein Reichstagsmandat an.“ Johann Jacoby.

Der Kranz war vom Verlage und der Redaktion des „Anarchist“ gestiftet worden. Der Schere verfiel die Aufschrift: „Auf ruhelosen Befehl seid Ihr gefallen Wir gedenken es Euch allen.“

ebenso die Aufschrift: „Sie wollten Rosen säen und säten Metten, Tag soll es werden, und es wurde Nacht, Auf ihren Gräbern wieder klirren Ketten Und um die Freiheit jetzt zu retten, Bedarf es einer neuen Schlacht.“

Auch die Anarchisten des Nordens Berlins mußten sich die Kasierung der von ihnen gewählten Aufschrift gefallen lassen, die ebenfalls verfiel:

„Freiheitskämpfer, die Ihr einst gefallen Und die Ihr mordend in der Erde liegt, Ihr sollt es hören, wenn Bolonnen schallen, Tyrannen stürzen und die Freiheit liegt. Vires la Commune!“

Als wir die Städte verließen, wo die sterblichen Ueberreste der Helden des 18. März im Schoße der Erde ruhen, krümmten die Arbeiter in hellen Scharen vorbei, um ihre Toten zu ehren. Im milden Schein der Märzsonne zwischen dem fatten Grün und der Blumenpracht der Kränze leuchteten die roten Schleißen. Hoffen wir, daß sich bald erfüllt, was die Genossen des Zentral-Vereins von Teltow-Beeskow-Charlottenburg auf ihre Kränze geschrieben:

Alle Menschheit wird verbrüderet Wie in lüchtem Frührot steht Frei dann werden uns're Fahnen Ueber freien Kämpfern wehn.“

Aus aller Welt.

Selbstmord zweier Krankenschwestern. In einem Zimmer des Kurfürstlichen-Hotels, Ecke Ansbacher- und Kurfürstentstraße in Berlin haben zwei Krankenschwestern Selbstmord verübt. Beide fanden man am Abend tot in ihren Betten auf. Die beiden Schwestern waren in der Nacht zum Freitag in einer Droschke vor dem Hotel vorgefahren. Sie nannten sich Geschwister Wehlich und hatten um ein Zimmer, das sie sofort bezahlten. Mit Rücksicht auf ihren Stand — sie trugen Schwelmertracht — wurde den Weibern Unterkunft gewährt, obgleich man sonst Damen ohne Gepäck mitten in der Nacht nicht aufgenommen hätte. Befremden erregte es, daß die Schwestern am Freitag den ganzen Vormittag über nicht zum Frühstück kamen; als aber auch bis zum Nachmittag nichts von ihnen zu hören war, benachrichtigte man die Polizei. Als diese das Zimmer öffnen ließ, sahen die Eintretenden ein überaus trauriger Anblick. Die beiden Krankenschwestern lagen tot in ihren Betten. Bei der Älteren, etwa dreißigjährigen war das Gesicht krempfhaft verzerrt, die Jüngere, etwa 22 Jahre alt, lag mit friedlichem Gesichtsausdruck und gefalteten Händen auf ihrem Lager. Ein halb geleertes Glas mit weißlicher Flüssigkeit stand neben jedem Bett. Auf einem auf dem Tisch liegenden Brette erklärten die beiden

